

«Keine Aussicht auf Einigung»

Eine IG wehrt sich gegen die geplante 5G-Antenne beim Wetzinger Friedhof – das sagen Kanton und Gemeinde.

Claudia Laube

Trotz 18 Einwendungen bewilligte der Wetzinger Gemeinderat Anfang Februar Salt eine 5G-Mobilfunkantenne beim Friedhof Brunnenwiese. Zu den Einwendungen gehörte die «IG gegen 5G Brunnenwiese», die nun zusammen mit weiteren Anwohnern gegen die Baubewilligung beim Kanton Beschwerde eingereicht hat (die AZ berichtete). Die Einwender kritisierten, dass die Gemeinde mit ihnen kein Gespräch gesucht hatte. Sie monierten auch den Standort im Naherholungsgebiet, die Strahlenbelastung und dass nur 500 Meter weiter unten eine Antenne der Swisscom geplant sei. Ihnen fehle eine Strategie der Gemeinde und auch die Option, dass Antennenstandorte von den Anbietern geteilt würden.

Das werde nach Möglichkeit angestrebt und bei jeder neuen Anlage standardmässig geprüft, schreibt dazu die Gemeinde in einer Stellungnahme. Dass trotz vieler Einwendungen nicht das Gespräch gesucht wurde und keine Einigungsverhandlung durchgeführt wurde, hat einen einfachen Grund: «Die Bauherrschaft hat darauf verzichtet, da keine Aussicht auf eine Einigung bestand.» Die Gemeinde sei nicht Bauherrin und auch nicht Betreiberin der Anlage. Der Ausbau des Netzes gehöre zum Zuständigkeitsbereich der Mobilfunkbetreiber. «Teil des Bewilligungsverfahrens ist ein Standortevaluationsbericht, den die Betreiberin mit dem Baugesuch einreichen muss.» Die Erfahrungen hätten



18 Einsprachen und über 420 Unterschriften sind gegen die Antenne auf dem Friedhof Brunnenwiese eingegangen. Bild: Sandra Ardizzone

gezeigt, dass es sehr schwer ist, geeignete Standorte zu finden. Eine gute Versorgung mit Mobilfunk und mobilem Internet liege aber im öffentlichen Interesse, so die Gemeinde.

Weil es sich um ein laufendes Verfahren handelt und ein Einwendungsverfahren grundsätzlich nicht öffentlich sei, wird zu einzelnen Punkten keine Stellung genommen. Ganz allgemein müsse der Gemeinderat als Bewilligungsbehörde die Baubewilligung für ein Bauvorhaben ertei-

len, wenn alle baurechtlichen Vorschriften eingehalten seien.

Einer der Hauptpunkte bei Einwendungen gegen Mobilfunkantennen seien die Bedenken wegen der Strahlenbelastung. Die Prüfung werde von der kantonalen Umweltfachstelle vorgenommen, die über das entsprechende Fachwissen verfüge. Die Gemeinde sei sich bewusst, dass Anwohner Ängste wegen der Strahlenbelastung durch Mobilfunkantennen haben. «Die Schweiz verfügt jedoch über Vor-

«Vor allem, weil Handystrahlen nicht sichtbar sind, ist dieses Thema sehr angstbeladen.»

Heiko Loretan

Departement Bau, Verkehr und Umwelt

schriften, die verhindern, dass die Bevölkerung zu hoher Strahlenbelastung ausgesetzt ist. Mit dem Baubewilligungsverfahren wird sichergestellt, dass die betreffenden Schutzbestimmungen eingehalten werden.»

Grenzwerte zehnmal tiefer als in Deutschland

Die IG hatte kritisiert, dass bei der Berechnung der Strahlungsstärken für die 5G-Technik «getrickst» worden und die effektive Strahlungsbelastung höher

sei, als die Grenzwerte bisher erlaubt hätten. Heiko Loretan, Sektionsleiter bei der kantonalen Abteilung für Umwelt, ist immer wieder mit ähnlich gelagerten Einwänden bei 5G-Antennen konfrontiert, kann aber zum konkreten Fall keine Auskunft geben. Der Kanton halte sich bei den Grenzwerten an die Vorgaben des Bundes, die notabene immer noch zehnmal tiefer seien als zum Beispiel in Deutschland, sagt er. Er kann aber die Ängste aus der Bevölkerung nachvollziehen und sagt: «Vor allem weil Handystrahlen nicht sichtbar sind, ist dieses Thema sehr angstbeladen.» Persönlich ist er der Meinung, dass viele Menschen bezüglich 5G schlecht oder falsch informiert seien.

Loretan verweist auf den Bericht «nachhaltiges Mobilfunknetz», den der Bundesrat vergangene Woche verabschiedet hat. Dieser basiert auf einem Postulat von Nationalrätin Brigitte Koller-Häberli (die Mitte), das den Bundesrat verpflichtete, zu überprüfen, wie ein optimaler Strahlenschutz erreicht werden kann. Das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) kommt im Bericht zum Schluss, dass 5G mit adaptiven Antennensystemen hinsichtlich Leistungsfähigkeit und Strahlenbelastung klare Vorteile gegenüber den bisherigen Technologien habe. Auch die Idee eines Einheitsnetzes wurde überprüft. Das würde zwar weniger Antennenstandorte erfordern, so das Bakom im Bericht, aber nicht die Strahlenbelastung der Bevölkerung reduzieren.

Nachrichten

Strassenlampen werden umgerüstet

Turgi Die Strassenlampen in den Quartieren Wil und Weichen werden ab Mitte Mai auf die umweltfreundlichere LED-Technik umgerüstet, wie die Gemeinde mitteilt. Bereits 2019 hatte Turgi damit begonnen, die öffentliche Beleuchtung auf dem gesamten Gemeindegebiet auf LED umzustellen. Beim Bahnhof sowie in den Quartieren Dorf und Gehling wurde dieses Vorhaben bereits umgesetzt. (az)

Jahresrechnung mit Plus von 300 000 Franken

Mägenwil Das Ergebnis der Jahresrechnung 2021 ist deutlich besser als erwartet ausgefallen. «Erfreulicherweise konnte ein Ertragsüberschuss von rund 300 000 Franken erzielt werden», heisst es in einer Mitteilung. Das budgetierte Resultat konnte um 600 000 Franken übertroffen werden. «Massgeblich dazu beigetragen haben die Steuereinnahmen der juristischen Personen, die 700 000 Franken über den Erwartungen lagen», heisst es weiter. Dadurch konnte die unerwartet tiefen Einkommens- und Vermögenssteuern aufgefangen werden, die 300 000 unter Budget ausfielen. «Das positive Ergebnis ist durchaus erfreulich», teilt der Gemeinderat mit. «Es muss jedoch festgehalten werden, dass ohne die ausserordentlichen Erträge, die Buchgewinne und die überraschenden, massiven Mehrerträge durch die Gewinnbesteuerung von juristischen Personen ein Aufwandüberschuss hätte ausgewiesen werden müssen.» (az)

Hier entsteht das neu höchste Gebäude der Stadt

Baden Akara Tower heisst das Hochhaus, das beim Trafo-Platz neu errichtet wird. 150 Wohnungen werden darin Platz haben. Mit rund 66 Metern werde es zum neu höchsten Gebäude der Stadt, teilte die Bauherrschaft beim Baustart im vergangenen Sommer mit. Ein Augenschein zeigt: Der Bau schreitet voran, der Tower schiebt in die Höhe.

Das neue Gebäude kommt auf dem Speditionsplatz im ABB-Areal zu stehen, direkt an der Bahnlinie in Richtung Turgi. Die Mietwohnungen werden über 1,5 bis 4,5 Zimmer verfügen. Zusätzlich zu den Mietwohnungen entstehen zwei Gewerbeflächen im Erdgeschoss sowie Büroräumlichkeiten in den Geschossen zwei bis vier. Die Wohnungen werden ab Sommer 2022 zur Vermietung ausgeschrieben, hiess es in der Mitteilung. Der Bezug des Akara Towers war beim Baustart für das vierte Quartal 2023 vorgesehen.

Neben dem Hochhaus entsteht ein Stadtplatz sowie darunter eine Einstellhalle mit knapp 500 Parkplätzen. Die Kosten für Parkhaus und Hochhaus belaufen sich auf rund 90 Millionen Franken. (pkr)



Das Hochhaus entsteht auf dem Speditionsplatz im ABB-Areal.

Bild: Daniel Weissenbrunner

Nach 40 Jahren: Ärztepraxis im Cherne will umziehen

Der neue Standort in den leer stehenden Räumlichkeiten der aufgelösten Pflegewohngruppe soll mehr Platz bieten.

Seit mehr als 40 Jahren ist im Cherne im Gebenstorfer Dorfzentrum, oberhalb des gleichnamigen Restaurants, eine Gemeinschaftspraxis eingemietet. Weil geplant ist, Praxis und Ärzeteam zu erweitern, sollen nun gleich nebenan die früheren Räumlichkeiten der Pflegewohngruppe Cherne übernommen werden, wie die Gemeinde mitteilt. Die Räumlichkeiten hatte das Regionale Pflegezentrum Baden (RPB) aus finanziellen und logistischen Gründen auf Ende Jahr aufgegeben. Die Bewohnerinnen und Bewohner zügelten nach Baden.

In Absprache zwischen Gemeinschaftspraxis und Gemeinde wurde deshalb durch die Merlo und Partner Architekten ein Umbaukonzept erstellt. Die Kosten für die Sanierungs- und Umbauarbeiten belaufen sich auf rund 470 000 Franken, wovon die Gemeinschaftspraxis als neue Mieterin einen Anteil von 132 000 Franken übernimmt. Auf der Basis eines langfristigen Mietvertrages über 15 Jahre könnten so Mietzinseinnahmen generiert und die Investitionen mittelfristig abgeschrieben werden, so der Ge-

meinderat. Durch einen Umzug in die leer stehenden Räume erhalte die Gemeinde eine einmalige Gelegenheit, in Gebenstorf die medizinische Versorgung zu stärken. Es sei ein zentrales Anliegen, dass die Arztpraxis im Dorfzentrum bestehen bleibt.

Praxisräume werden in Wohnungen umgebaut

Damit wird im Gegensatz die jetzige Arztpraxis mit 215 Quadratmetern Fläche frei. Die Räumlichkeiten seien aber akut sanierungsbedürftig. Die Gemeinde plant, die jetzige Praxis in drei Wohnungen umzu- nutzen: Vorgesehen sind zwei Wohnungen mit 2 ½ Zimmern und ein Studio. «Mit diesen zukunftsorientierten Massnahmen kann der Nachfrage an zusätzlichem Wohnraum entsprochen werden», schreibt der Gemeinderat weiter. Gemäss Projekt- und Kostenvoranschlag werden die Umbauarbeiten auf 830 000 Franken geschätzt.

Der Sommergmeind vom 9. Juni werden deshalb zwei Kreditanträge über 830 000 sowie über 338 000 Franken vorgelegt. (cla)